Gibt es Probleme bei der Darstellung dieser e-mail ? Klicken Sie hier

FONDATION ROBERT SCHUMAN
Das Zentrum für Europäische Wissenschaft und Studien

Der Brief

Dienstag 30. Juni 2015 Nummer 677

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf und

App der Robert Schuman Stiftung download über Appstore und Google Play

Ein gesunder und fairer Wettbewerb ist eine der tragenden Säulen in der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union

Autor : Alain Lamassoure

Alain Lamassoure, der Vorsitzende des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden im Europäischen Parlament (TAXE) wagt sich in einem Interview für die Robert Schuman Stiftung an eine Bestandsaufnahme über die aktuelle Wirtschaftslage. In Sachen Transparenz und Finanzmarktregulierung habe die EU einiges erreicht, es gebe aber nach wie vor Baustellen, so Lamassoure.
Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Editorial - deutsch-französisch Finanzkrise : Eurogruppe - IWF - Wachstum - Frankreich - Griechenland Europäischer Rat : Schlussfolgerungen Kommission : Griechenland - Unternehmern - Ausbildung - Neubesetzung - Verkehr Parlament : Steuerung/Euro - Investitionen - Bessere Rechtsetzung Rat der Europäischen Union : Zukunft/EU Diplomatie : EU/China - Ukraine/Russland EZB : Griechenland Europäische Agenturen : Weltraum - Einwanderung Deutschland : Finanzen Zypern : IWF Dänemark : Regierung Spanien : Spanien/Regierung Frankreich : Ukraine Griechenland : Referendum - Makedonien Ungarn : Einwanderung Rumänien : MwSt Großbritannien : Deutschland Montenegro : Zukunft/EU Europarat : UNO - Bosnien-Herzegowina NATO : Verteidigung - Ukraine Eurostat : China - Tourismus Berichte / Studien : OECD - Stabilität/Finanzen - Drogen - Bildung Kultur : Festival/Almada - Festival/Aix - Jazz/Montreux - Festival/Verona - Ausstellung/Courbet - Literaturpreis

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Stiftung :

Das große griechische Theater

In einem Editorial, das auf seiner Website veröffentlicht wurde, verweist Jean Dominique Giuliani auf die Verantwortungslosigkeit und Inkompetenz der griechischen Regierung. Sie sei ideologisch und populistisch motiviert und schade dem griechischen Volk, das leidet...
Fortsetzung

Deutsch-französischer Journalistenpreis 2015

Der deutsch-französische Journalistenpreis 2015 wird am 1. Juli vergeben. Der 1983 ins Leben gerufene Preis soll Autoren und Redakteure ehren, die mit ihrer Arbeit für ein besseres Verständnis zwischen Frankreich, Deutschland und Europäischen Ländern beigetragen haben. Im Rahmen dieser Verleihung erhält "Cartooning for Peace – Dessins pour la paix" den Großen Deutsch-Französischen Medienpreis. Mit einem Sonderpreis des Deutsch-Französischen Journalistenpreises wird in diesem Jahr der in

Saudi-Arabien inhaftierte Blogger und Regimekritiker Raif Badawi ausgezeichnet. Vorher organisiert die Stiftung Robert Schuman zusammen mit der DGAP und PFAJ eine Debatte zum Thema "Welche deutsch-französischen Initiativen können die Sicherheit in Europa stärken?".. Fortsetzung

Andere Links

Finanzkrise :

Keine Einigung: Griechenland bricht Verhandlungen mit seinen Gläubigern 'einseitig' ab

Die Finanzminister der Eurozone (Eurogruppe) versprachen am 27. Juni nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Griechenland alles ihnen mögliche zu unternehmen, um das "Ansteckungsrisiko" zu minimieren. Auf alle zur Verfügung stehenden Instrumente werde man zurückgreifen, um die "Stabilität" in der Eurozone zu garantieren, hieß es bei ihrer letzten Zusammenkunft, wo man noch bis 18 Uhr ohne Griechenland weitertagte. Yanis Varoufakis hatte zuvor seine Amtskollegen verlassen, nachdem er sie über die Abhaltung eines Referendums am 5. Juni in Kenntnis gesetzt hatte. Die griechische Regierung hatte diesen Schritt in der Nacht des 26. Juni beschlossen, obwohl eine Einigung im Schuldenstreit in greifbarer Nähe gelegen war... Fortsetzung

IWF drängt auf Ausweg aus der Krise

Die IWF-Generaldirektorin Christine Lagarde hat am 28. Juni in einer Mitteilung an das Exekutivbüro über die jüngsten Diskussionen mit der griechischen Regierung berichtet. Sie zeigte sich konsterniert über die bisherige Entwicklung, forderte aber, die Bemühungen fortzusetzen. Die nächsten Tage seien entscheidend. Sie teile die Meinung der Eurogruppe, dass sich die Eurozone nun auf alle möglichen Szenarien vorbereiten müsse, so Lagarde. Sie selbst wünsche sich eine ausgewogene Lösung auf Basis struktureller Reformen und adäquater Finanzhilfen... Fortsetzung

Eurozone: Wachstum der privaten Wirtschaftstätigkeit

Das Wachstum der privaten Wirtschaftstätigkeit in der Eurozone hat im Monat Juni das höchste Niveau seit vier Jahren erreicht. Alle Länder sind davon in gleichem Maße betroffen, und das trotz der Unsicherheiten infolge der Griechenlandkrise. Der zusammengesetzte PMI Index lag im Juni bei 54,1 Punkten gegenüber 53,6 Punkten im Mai, wie der Finanzinformationsdienst Markit bekannt gab, der diesen Index veröffentlicht. "Trotz den Wolken, die die griechische Schuldenkrise mit sich zieht, und die die Eurozone bedroht, hat sich das Wirtschaftswachstum beschleunigt.".. Fortsetzung

Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich

Nach Angaben des französischen Arbeitsministeriums vom 24. Juni lag die Zahl der Arbeitssuchenden Ende Mai 2015 der Kategorie A in Frankreich bei 3 552 200. Verglichen mit dem Vormonat stieg die Zahl an (+0,5%, oder + 16200). Über ein Jahr gerechnet wuchs sie um 5%. Die Zahl der in Kategorie B und C aufgelisteten Arbeitssuchenden (verminderte Beschäftigungsfähigkeit) lag Ende Mai bei 1 862 000. Zusammengenommen sind damit 5 414 200 Menschen in Frankreich auf der Suche nach einer Beschäftigung (Die Überseedepartements mit eingerechnet sind es 5 717 900). Die Gesamtzahl stieg folglich um 1,3% (+69600) im Mai 2015. Auf das Gesamtjahr umgerechnete musste Frankreich einen Anstieg von 7,9% verzeichnen... Fortsetzung

Griechische Banken werden geschlossen

Der griechische Premierminister Alexis Tsipras hat am 28. Juni im Fernsehen die vorübergehende Schließung der griechischen Banken und die Einführung von Kapitalkontrollen bekanntgegeben. Die Bevölkerung forderte er auf gelassen zu reagieren. Der griechische Rat für Finanzstabilität empfiehlt ebenfalls, dass die Geldautomaten vom 29. Juni an geschlossen bleiben. Jeder griechischer Einwohner kann dann maximal einen Geldbetrag von 60 Euro pro Tag abheben... Fortsetzung

Europäischer Rat :

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Die 28. Staats- und Regierungschefs haben am 25. und 26. Juni lange über die Situation Griechenlands diskutiert. Eurogruppenpräsident

Jeroen Dijsselbloem nahm eine Bestandsaufnahme der bisherigen Verhandlungen vor. Zu diesem Zeitpunkt erwartete man noch eine Einigung der Eurogruppe am 27. Juni. Außerdem besprachen die europäischen Regierungschefs die freiwillige Aufteilung der 40.000 in Italien und Griechenland angekommenen Asylantragssteller sowie eine Umsiedlung von weiteren 20.000 Asylantragsstellern. Man legte einen einheitlichen Rahmen fest, wonach Einwanderer, die kein dauerhaftes Bleiberecht in der EU erhalten, abgeschoben werden sollen. Begleitet werden soll dieser Schritt durch eine Ausweitung des Mandats von Frontex. Das britische Referendum über den Verbleib des Landes in der Europäischen EU wurde ebenfalls kurz behandelt. Des Weiteren sprachen die Regierungschefs über verteidigungs- und sicherheitspolitische Fragen sowie Wirtschaftspolitik. Jacques Delors wurde für die Ehrenbürgerschaft Europas nominiert... Fortsetzung

Kommission :

Veröffentlichung der Maßnahmenliste, auf deren Basis mit Griechenland verhandelt wurde

Die europäische Kommission hat - in dem Bemühen für mehr Transparenz - am 28. Juni die Liste der von der "Brüsseler Gruppe" (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfond) mit Griechenland diskutierten Reformen veröffentlicht. Das Dokument beinhaltet die Maßnahmen, auf die sich die Gläubiger verständigt hatten und die am 8., 14. und 22. Juni als Verhandlungsgrundlage galten - bevor Griechenland einseitig die Verhandlungen aufkündigte. Die Maßnahmen berücksichtigen den griechischen Wunsch einer Begrenzung der Mehrwertsteuererhöhung, einige Übergangsmaßnahmen für Vorruhestandsregeln sowie Arbeitsmarktreformen... Fortsetzung

Kommission hilft Unternehmern

Am 24. Juni ist eine neue Vereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Investmentfonds unterzeichnet worden, um Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern. Auf diese Weise können 500 Millionen Euro an Finanzhilfen für Personen freigesetzt werden, die ein Unternehmen gründen oder weiterentwickeln wollen und die dabei auf Hindernisse seitens des Arbeitsmarktes stoßen könnten. Marianne Thyssen, die mit diesen Fragen befasste Kommissarin, betonte, dass "dank unserer Finanzierungshilfe zehntausende Arbeitsplätze geschaffen werden.".. Fortsetzung

Neue Partner für die europäische Ausbildungsallianz

Mehr als vierzig Unternehmen und Organisationen sind am 22. Juni der Europäischen Ausbildungsallianz beigetreten, die zusammen 140 000 Lehrstellen und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen zur Verfügung stellen will. Damit sollen deren Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt steigen. Die zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen äußerte sich hierzu wie folgt: "Ich begrüße die neuen Partner, die heute zur Europäischen Ausbildungsallianz stoßen, recht herzlich. Für mich hat es oberste Priorität, jungen Menschen in Europa zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu verhelfen.".. Fortsetzung

Neubesetzungen in der Europäischen Kommission

Alexander Italianer ist als neuer Generalsekretär der Europäischen Kommission nominiert worden. Er würde Catherine Day am 1. September 2015 im Amt folgen. Die Nominierung fügt sich in eine Reihe von Neubesetzungen von Spitzenfunktionären in der Gemeinschaftsinstitution ein. 11 der insgesamt 33 Generaldirektoren der Kommission werden die Abteilung oder Funktion wechseln... Fortsetzung

Investitionen über 13,1 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur

Die Europäische Kommission hat am 29. Juni vorgeschlagen EU-Mittel in Höhe von 13,1 Milliarden Euro für 276 Verkehrsprojekte bereitzustellen, die im Rahmen der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die Fazilität "Connecting Europe" (CEF) ausgewählt wurden. Durch diese Investitionen werden weitere öffentliche und private Mittel mobilisiert, so dass insgesamt 28,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen werden...

Fortsetzung

Parlament :

Steuerung der Eurozone

Die Europäischen Abgeordneten haben am 24. Juni 2015 über eine Resolution zur Steuerung der Eurozone diskutiert. In dieser Resolution wird zunächst Bilanz über die bisherige wirtschaftliche Steuerung der Eurozone gezogen. Des Weiteren ist die Einrichtung eines europäischen Fonds für strategische Investitionen, eine Konsolidierung des Europäischen Sozialfonds sowie des Kohäsionsfonds vorgesehen. Außerdem werden die "drei Säulen" der Kommission begrüßt und für mehr Demokratie und Transparenz bei der wirtschaftlichen Steuerung der Eurozone geworben... Fortsetzung

Genehmigung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Die EU-Parlamentarier haben am 24. Juni für die Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) gestimmt. Der Fonds ist zentraler Bestandteil des von der Kommission ins Leben gerufenen Investitionsplans über 315 Milliarden Euro. Der Gesetzestext wurde mit 464 Stimmen, bei 131 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen angenommen. Damit dürfte der EFSI aller Voraussicht nach bereits im kommenden September an den Start gehen... Fortsetzung

Andere Links

Beginn der interinstitutionellen Verhandlungen für eine bessere Gesetzgebung

Die Verhandlungen um eine Revision der interinstitutionellen Vereinbarungen, die auf eine "bessere Rechtsetzung" abzielen, haben am 25. Juni begonnen. Anlass dafür war ein erstes Treffen zwischen dem Europäischen Parlamentspräsidenten Martin Schulz, dem Europäischen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der lettischen Premierministerin und aktuellen Ratsvorsitzenden Laimdota Straujuma sowie dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel, der die Ratspräsidentschaft turnusmäßig als nächstes übernimmt. Das Programm ist Teil einer Reihe von weiteren Maßnahmen, die dafür sorgen sollen, dass "die Politik der EU ihre Ziele noch viel effizienter erreicht".. Fortsetzung

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten

Die 28 Minister für europäische Angelegenheiten haben auf ihrem Treffen in Luxemburg am 23. Juni Vorbereitungen für das Treffen des Europäischen Rates getroffen, das am 25. und 26. stattfand. Die Minister verabschiedeten eine Erklärung zur aktuellen politischen Krise in Mazedonien (ARYM), in der sie alle Parteien dazu auffordern, die am 2. Juni eingegangen Vereinbarungen auch einzuhalten. Schlussendlich diskutierte man noch über das von der Kommission am 19. Mai vorgestellte Programm für eine "Bessere Rechtsetzung"... Fortsetzung

Diplomatie :

EU-China-Gipfel

Am 29. Juni hat in Brüssel das 17. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und China stattgefunden. Es markierte 40 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen beiden Seiten. Sowohl China als auch die EU begrüßten auf dem Gipfel die erreichten Fortschritte bei der Umsetzung der gemeinsamen Strategieagenda. Auch über eine Kooperation im Energiebereich war man sich einig. Außerdem bekräftigten beide Seiten ihren Willen sich für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte in der Welt einzusetzen. Bezüglich der Situation in der Ukraine rief man dazu auf die Vereinbarungen von Minsk einzuhalten und den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen... Fortsetzung

Andere Links

Treffen des französischen, deutschen, russischen und ukrainischen Außenministers

Der französische, deutsche, russische und ukrainische Außenminister haben sich am 23. Juni im sogenannten "Normandie-Format" getroffen, um über eine bessere Einhaltung des Waffenstillstands im Osten der Ukraine zu sprechen. Alle Parteien bekannten sich zum in Minsk eingegangenen Friedensprozess. Die Außenminister appellierten zudem an einen vollständigen Rückzug schwerer Waffen von der Frontlinie in den nächsten Wochen.

Ein Deeskalationsplan für die Stadt von Chirokine und eine Aufhebung der Bewegungseinschränkungen für die OSZE-Beobachter sind ebenfalls im Gespräch. Auch Hindernisse bei der Gewährung humanitärer Hilfe sollen aus dem Weg geräumt werden und Gefangene ausgetauscht werden... Fortsetzung

EZB :

Die EZB hält ihre Nothilfe für griechische Banken aufrecht

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 28. Juni bekanntgegeben, dass sie an der aktuellen Höhe der Notfall-Darlehen (Notfall-Liquiditätshilfe - ELA) an griechische Banken festhalten will. De facto lässt sie damit weiter die Tür für eine politische Lösung offen, mit der ein Absturz der griechischen Wirtschaft und der "Grexit" abgewendet werden könnte. "In Anbetracht der aktuellen Umstände hat der Gouverneursrat beschlossen an der am Freitag festgelegten Obergrenze für Notfallkredite festzuhalten", hieß es in einer Erklärung. Man werde die "derzeitige Situation und ihre möglichen Implikationen für die Geldpolitik aufmerksam beobachten" ließ der Rat weiter verlautbaren... Fortsetzung

Europäische Agenturen :

Erfolgreicher Start des Satelliten Sentinel-2A

Der europäische Beobachtungssatellit Sentinel-2A ist in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni erfolgreich mit einer Vega Rakete vom europäischen Weltraumflughafen in Guayana aus in seine Umlaufbahn gebracht worden. Es handelt sich bereits um den fünften Start dieser Art seit Februar 2012. Bis zum jetzigen Tag sind sie alle geglückt. Der Satellit wird in 786 km Höhe um die Erde kreisen. Er ist 1,1 Tonnen schwer und soll Land- und Küstenregionen überwachen. Durch seine Analysen von Feldern und Wäldern wird er sich als nützlich für den Umweltschutz, die Landwirtschaft und die zivile Sicherheit erweisen... Fortsetzung

Analyse der Einwanderungsströme im Mai

Frontex hat seine monatliche Analyse zur Einwanderung in die EU für den Mai 2015 veröffentlicht. Nach Angaben der Studie haben im Mai 50500 Migranten versucht die Grenzen Europas zu passieren, was einen Anstieg um 26% verglichen mit dem Vormonat April bedeutet. Seit Anfang des Jahres waren es 153000 Menschen. Im Vergleich mit demselben Zeitraum 2014 ist das eine Zunahme um 149%... Fortsetzung

Deutschland :

Europäischer Finanzgipfel

Am 25. und 26. Juni hat in Frankfurt der Europäische Finanzgipfel stattgefunden, der vom International Finanzinstitut ausgerichtet wurde und eine Reihe bekannter Persönlichkeiten aus dem Finanzbereich zusammenbrachte, darunter auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann und Finanzminister Wolfgang Schäuble. Die Teilnehmer tauschten sich über Wachstumsstrategien für Europa aus, die schnell wirken und nachhaltig sein sollen, von denen aber auch möglichst viele Bevölkerungsteile profitieren müssten. In seiner Rede sprach Wolfgang Schäuble über die bereits erreichten Fortschritte in EU und Eurozone, ohne dabei systemische Risiken und ökonomische Krisen sowie deren tiefere Ursachen auszusparen... Fortsetzung

Andere Links

Zypern :

IWF begrüßt wirtschaftlichen Fortschritte in Zypern

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat am 23. Juni einen Bericht über den Zustand der zypriotischen Wirtschaft vorgelegt. Demnach hätten die tiefgreifenden Reformen Zyperns (struktureller Natur sowie eine Stützung der maroden Banken) erfreuliche Resultate erzielt. Im ersten Quartal 2015 konnte das Land zum ersten Mal seit vier Jahren wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren. Der Leiter der IWF-Mission in Zypern erklärte, dass die Ergebnisse besser seien als man erwartet habe. Zahlreiche Herausforderungen stehen den Zyprioten aber noch bevor. So gilt es dafür zu sorgen, dass die Banken wieder mehr Kredite bereitstellen, die Schulden müssen reduziert und Investoren angelockt werden... Fortsetzung

Dänemark :

Neue Regierung in Dänemark

Der neue dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen hat am 28. Juni seine Kabinettsliste vorgestellt. Zuvor hatte er sein Amt offiziell nach einer Zusammenkunft mit der Königin Margrethe II. angenommen. Die dänische Regierung besteht aus 17 Mitgliedern, darunter 5 Frauen. Sie stammen alle aus den Reihen der liberalen Partei (Venestre), weil die Mitte-rechts-Parteien unfähig waren eine Einigung zu erzielen. Rasmussen und seine Partei hatten den dritten Platz bei den dänischen Wahlen am 18. Juni belegt, hinter den Sozialdemokraten und der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei. Dank der Unterstützung der Volkspartei, der liberalen Allianz und der konservativen Partei kann Rasmussen nun als Anführer der liberalen Partei eine Minderheitsregierung bilden... Fortsetzung

Andere Links

Spanien :

Neuer Minister für Bildung, Kultur und Sport in Spanien

Der spanische Regierungschef Mariano Rajoy hat am 26. Juni der Vereidigung von Íñigo Méndez de Vigo - dem neuen Minister für Bildung, Kultur und Sport - vor dem spanischen König beigewohnt. Íñigo Méndez de Vigo folgt nach seinem Dienst als Staatssekretär für europäische Angelegenheiten auf José Ignacio Wert... Fortsetzung

Frankreich :

Französisches Parlament stimmt Assoziierungsvertrag zwischen EU und Ukraine zu

Die Assemblée nationale hat am 25. Juni den Assoziierungsvertrag zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ratifiziert. Nach einer Zustimmung im Senat Anfang Mai, stimmte nun auch das französische Parlament zu. Alle nationalen Parlamente der EU müssen es Frankreich gleichtun, ansonsten kann der Vertrag nicht in Kraft treten. Mit Ausnahme der Linksfront sprachen sich alle französischen Parteien für die Ratifizierung aus. Elisabeth Guigou (PS), die Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses in der Nationalversammlung, erklärte, dass man auf diese Weise "all jene würdigt, die in der Ukraine wie in Georgien dafür gekämpft haben, dass ihr Land auf dem Reformweg voranschreiten konnte und sich für europäische Standards eingesetzt haben"... Fortsetzung

Griechenland :

Referendum für den 5. Juni angesetzt

Das griechische Parlament hat dem in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni von der Tsipras-Regierung vorgeschlagenen Referendum über das letzte Vertragsangebot der Gläubiger Griechenlands (EU, EZB, IWF) zugestimmt. 178 der 300 Parlamentarier votierten für das am 5. Juli geplante Referendum. 120 Abgeordnete stimmten mit Nein und 2 Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die Referendumsbefürworter stammen aus den Reihen der Regierungskoalition, der radikal linken Syriza-Partei und ihres rechtsnationalen Partners den Unabhängigen Griechen (ANEL), auch die Parlamentarier der neonazistischen Chrysi Avgi stimmten für das Referendum. Die Abgeordneten der Nea Demokratia und der Pasok sprachen sie wie auch die Kommunisten (KKE) und die Zentrumspartei Potami dagegen aus... Fortsetzung

Skopje und Athen wollen Vertrauen wiederherstellen und so ihre Differenzen beilegen

Griechenlands oberster Diplomat Nikos Kotzias und sein mazedonischer Amtskollege Nikola Poposki sind am 24. Juni zusammengekommen, um das verloren gegangene Vertrauen zwischen beiden Ländern wiederherzustellen und so ihre Differenzen bezüglich der Ex-Republik Jugoslawien beizulegen. Der Streit zwischen Athen und Skopje geht auf das Jahr 1991 zurück. Griechenland spricht seinem Nachbarn das Recht auf eine Nutzung des Namens Mazedonien ab. Dieser stünde einzig der griechischen Region Makedonien und dessen kulturellen Erbe zu. Kotzias ist der erste griechische Politiker von Rang und Namen seit 10 Jahren, der Skopje besucht. Er signalisierte seine Bereitschaft in einen Dialog über die Streitigkeiten zwischen beiden Ländern treten zu wollen. "Es gibt Differenzen, die den Namen betreffen. Aber für alle Probleme gibt es Lösungen", so Kotzias. "Wir haben uns auf elf Maßnahmen geeinigt, deren erklärtes Ziel es ist, das Vertrauen zwischen unseren Staaten wiederherzustellen und ein Klima zu schaffen, in dem wir nach einer Lösung suchen können", sagte der griechische Außenminister... Fortsetzung

Ungarn :

Ungarn und die Anwendung der Dublin Vereinbarungen

Die ungarische Regierung hat am 23. Juni bekanntgegeben, dass sie aus "technischen Gründen" einseitig und auf unbestimmte Zeit die Anwendung der europäischen Asylvereinbarungen aussetzt, die allgemein als "Dublin III Regeln" bekannt sind. Sie sehen vor, dass ein Asylgesuch in dem Land eingereicht werden muss, in dem der Antragsteller zum ersten Mal europäischen Boden betreten hat. Die ungarische Regierung griff zu dieser drastischen Maßnahme angesichts des Anstiegs von Asylgesuchen, dem das Land seit Anfang des Jahres ausgesetzt ist. Trotz Druck seitens der Europäischen Union und Österreichs bleibt die ungarische Regierung bei ihrer Entscheidung. Von Österreich verlangt sie mehr "Geduld" bei der Rückführung von Flüchtlingen auf ungarisches Staatsgebiet... Fortsetzung

Andere Links

Rumänien :

Das rumänische Parlament stimmt einer Senkung der MwSt zu

Das rumänische Parlament hat am 24. Juni die Vorbehalte des Internationalen Währungsfonds ignoriert und sich für eine Erleichterung der Mehrwertsteuer (MwSt) ausgesprochen. Das neue Steuergesetz sieht eine Absenkung der MwSt von 24 auf 19% vom 1. Januar 2016 an vor. Es wurde mit 306 Stimmen angenommen... Fortsetzung

Großbritannien :

Besuch von Königin Elizabeth II. in Deutschland

Die britische Königin Elizabeth II. weilte vom 23. bis zum 26. Juni anlässlich eines offiziellen Staatsbesuchs in Deutschland. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich begeistert, dass "Königin Elizabeth nach Deutschland gekommen ist". Nach Meinung der Kanzlerin teilten beide Länder "viele gemeinsame politische Überzeugungen", sie hoffe deshalb, dass Großbritannien in der EU bleibe. Die Queen traf Merkel am 23. Juni und den deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck am 24. Juni. Sie besuchte außerdem Frankfurt am Main und die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. In einer Rede sprach sich die Königin für einen Verbleib Großbritanniens in der EU aus: "Großbritannien und Deutschland haben zusammen vieles erreicht. Ich bin zuversichtlich, dass das auch in den zukünftigen Jahren so sein wird"... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Montenegro :

Eröffnung von zwei neuen Kapiteln bei den Verhandlungen zwischen EU und Montenegro

Im Rahmen der 6. Zusammenkunft mit Montenegro hat die Europäische Union am 22. Juni die Eröffnung zwei neuer Kapitel bei den Beitragsverhandlungen mit Montenegro bekanntgegeben. Finanzdienstleistungen (Kapitel 9) und Transeuropäische Netzwerke (Kapitel 21) sind nun auch Bestandteil der Unterredungen. Damit sind nun 20 der insgesamt 35 Verhandlungskapitel eröffnet. Zwei wurden bereits abgeschlossen. Begonnen hatte man mit den Verhandlungen im Juni 2012... Fortsetzung

Europarat :

Ban Ki-moon ruft vor dem Europarat zum Kampf gegen gewaltätigen Extremismus auf

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat am 23. Juni vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates (ACPE) eine Rede gehalten, in der er Europa die Unterstützung der UN im Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus zusicherte. Er wies darauf hin, dass Antisemitismus, Islamophobie und Diskriminierung eng miteinander verknüpft seien. Er kündigte auch einen Aktionsplan der UN zur Prävention gegen Extremismus an, der im November veröffentlicht werden soll. Ban Ki-moon sprach sich zudem für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Asylantragsstellern und Migranten aus. Bezüglich des Ukraine-Konflikts mahnte er, dass die Vereinbarungen von Minsk strikt eingehalten werden müssten... Fortsetzung

Bosnien stellt seine Prioritäten für die Präsidentschaft im Europarat vor

Der Außenminister Bosnien-Herzegowinas Igor Crnadak hat am 23.

Juni eine Rede vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates gehalten, um die Prioritäten der bosnischen Präsidentschaft offenzulegen, die für Mai bis November 2015 angesetzt ist. Er fühle sich geehrt "zum ersten Mal seit dem Beitritt Bosniens zu dieser Organisation im Jahr 2002 die Präsidentschaft übernehmen zu dürfen". Als seine Prioritäten nennt der Minister die Konvention von Istanbul (Konvention gegen gewaltsame Übergriffe und häusliche Gewalt gegen Frauen), die Nachbarschaftspolitik des Europarates sowie der interkulturelle Dialog über religiöse Fragen... Fortsetzung

NATO :

Verteidigungsminister beschließen die schnelle Eingreiftruppe der NATO zu stärken

Die NATO-Verteidigungsminister haben am 25. Juni beschlossen, die schnelle Eingreiftruppe (NRF) und damit auch die kollektive Sicherheit zu stärken. Die NRF wird von 13000 auf 40000 Mann aufgestockt. Man entschied sich auch die militärischen und politischen Entscheidungsstrukturen zu straffen. Damit soll die höchste Kommandoebene mehr Möglichkeiten haben die Streitkräfte optimal vorzubereiten, sobald eine politische Entscheidung getroffen wurde. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg machte klar, dass man die Geschehnisse in Russland genau beobachte. Die Minister diskutierten außerdem über eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die in jedem Mitgliedsland 2% des Haushaltsbudgets betragen sollen. "Obwohl Fortschritte erzielt wurden, müssen wir noch mehr erreichen", so Stoltenberg... Fortsetzung

NATO-Treffen zur Ukraine

Die NATO-Verteidigungsminister nutzen ein Treffen der NATO-Mitgliedsstaaten am 25. Juni, um ihrer Unterstützung für die Ukraine zu wiederholen. Sie diskutierten über die Situation in dem Land und die Hilfeleistungen der NATO. Der Generalsekretär des Verteidigungsbündnisses begrüßte die Bereitschaft der ukrainischen Regierung trotz des anhaltenden Kampfes gegen "die von Russland unterstützten und ausgerüsteten Separatisten" Wirtschaftsreformen anzugehen. Russland forderte er dagegen auf seine Destabilisierungmaßnahmen gegen die Ukraine zu beenden... Fortsetzung

Eurostat :

Veröffentlichung der Handelsbilanz mit China

Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, ist China der zweitgrößte Handelspartner der Europäischen Union nach den USA. 2014 entfielen 14% des gesamten Warenhandels der EU mit Drittländern auf China. So stiegen die EU-Importe aus China in den letzten zehn Jahren beträchtlich, von 129.2 Milliarden Euro 2004 auf 302.5 Milliarden Euro 2014. Die Exporte haben sich in der gleichen Periode mehr als verdreifacht. Das Handelsdefizit der EU mit China war deshalb zwischen 2010 und 2013 rückläufig, 2014 stieg es wieder an und liegt derzeit bei -137.7 Milliarden Euro. Der EU-Überschuss im Dienstleistungsverkehr mit China vergrößerte sich um 4 Milliarden Euro zwischen 2012 und 2014 und liegt bei 9.2 Milliarden Euro... Fortsetzung

Studie zum Tourismus

Eurostat hat am 25. Juni eine Studie zum Sommertourismus in der Europäischen Union veröffentlicht. Darin heißt es, dass mehr als die Hälfte (51.9%) der jährlichen touristischen Übernachtungen in der Sommersaison auf das Konto von EU-Bürgern gehen. Untersucht wurde der Zeitraum von Juni bis September. 60% dieser Übernachtungen werden zudem von Inländern gebucht... Fortsetzung

Berichte / Studien :

Einschätzungen der OECD zu Wirtschaft und Finanzen

Nach Angaben des Berichtes "Einschätzung der OECD zu Unternehmen und Finanzwesen", den die Organisation am 24. Juni veröffentlicht hat, bringt das aktuell schwache Zinsniveau ein beträchtliches Risiko für die Nachhaltigkeit von Pensionsfonds und Versicherungsanstalten mit sich.

Das hat vor allem damit zu tun, dass die verantwortlichen Akteure nach einer "Renditestrategie" suchen müssen, um langfristig ihre Zusagen gegenüber den Sparern und Kunden einhalten zu können, was zu Lasten der Solidität gehen könnte. Gleichzeitig zeichnet die Studie in ihrer Analyse den Aufschwung des Bankensystems nach. Auch die Auswirkungen der Reformen des Finanzsektors werden beleuchtet, wo noch eine Reihe von Maßnahmen auf ihre Umsetzung warten - etwa um "die aktuelle Unterbewertung von Risiken zu beseitigen und die Krisenrobustheit des Systems weiter zu stärken"... Fortsetzung

Andere Links

Jahresbericht 2014 des Europäischen Stabilitätsmechanismus

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat seinen Jahresbericht für 2014 veröffentlicht. Demnach ist der Effekt der Finanzhilfeprogramme ESM und der Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) positiv gewesen. Nachdem Irland, Spanien und Portugal das Programm im Mai 2014 mit Erfolg verließen, profitieren derzeit nur noch Zypern und Griechenland von diesen Programmen. Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem zog eine ebenso positive Bilanz des ESM und EFSF, die verbunden mit signifikanten strukturellen Reformen (als notwendige Bedingung für die Finanzhilfe) es erlaubt hätten, das Vertrauen der Märkte und wirtschaftliches Wachstum zurückzubringen... Fortsetzung

Weltdrogenbericht 2015

Der Weltdrogenbericht von UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung) ist veröffentlicht worden. Nach Angaben der Organisation ist der Drogenkonsum weltweit konstant geblieben. Nichtsdestotrotz hätten 246 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren im Jahr 2013 eine illegale Droge konsumiert. Dieses nach wie vor hohe Niveau ist in den Augen von UNODC inakzeptabel - nicht zuletzt, weil der Konsum von Drogen schwerwiegende Folgen für die Gesundheit hat. Der diesjährige Bericht widmet sich deshalb umso umfassender der Frage, wie man Personen, die vom Anbau illegaler Drogen wirtschaftlich abhängig sind, helfen kann... Fortsetzung

Bericht über den Lehrerberuf

Eine Studie des Eurydice Netzwerkes und des Forschungszentrum für Bildung und Unterricht ist am 25. Juni veröffentlicht worden. Der Studie zufolge braucht Europa mehr qualifizierte Lehrer, weil eine Vielzahl älterer Lehrer vor der Verrentung steht. Lehrer bräuchten außerdem eine längere und vielschichtigere Ausbildung. Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport bemerkte diesbezüglich: "Gut qualifizierte Lehrer brauchen unsere ganze Unterstützung, um aus den zukünftigen Generationen kreative und verantwortungsbewusste Europäer zu machen"... Fortsetzung

Kultur :

32. Internationales Theater Festival in Almada

Vom 4. bis zum 18. Juli findet in Lissabon und Almada die 32. Ausgabe des Theaterfestivals statt. Das vom städtischen Theater in Almada organisierte Festival führt in diesem Jahr jeweils 27 Veranstaltungen im Theatersaal und auf der Straße auf. Angesichts der Vielzahl an international renommierten Regisseuren - wie Peter Stein, Christoph Marthaler, Luis Miguel Cintra, Matthias Langhoff und Katie Mitchell - ist das Theater 2015 so stark besetzt wie seit langem nicht mehr. Es wird außerdem das 10-Jährige Bestehen des Stadttheaters Joaquim Benite gefeiert und es werden zahlreiche Debatten, Aufstellungen und Colloquien organisiert... Fortsetzung

Festival in Aix en Provence

Das Festival von Aix en Provence öffnet vom 2. bis zum 21. Juli seine Pforten. Auf dem Festival für lyrische Kunst werden zahleiche Theater- und Opernstücke, sowie klassische Musikkonzerte aufgeführt. Es ist auch möglich an einer "masterclass" teilzunehmen und Gespräche mit Künstlern zu führen... Fortsetzung

Jazz Festival in Montreux

Das 49. Jazz Festival von Montreux findet vom 3. bis zum 18. Juli 2015 statt. Auch in diesem Jahr steht natürlich wieder der Jazz im Vordergrund, mit Auftritten von Sinead O'Connor oder den Chemical Brothers. Das Jazz Festival von Montreux gibt es seit 1967, ins Leben gerufen wurde es von drei passionierten Jazzliebhabern: Claude Nobs, Géo Voumard und René Langel... Fortsetzung

Festival von Verona

Die 93. Ausgabe des Arena Opera Festivals von Verona wird bis zu 6. September 2015 stattfinden. Opernstücke der großen Meister wie Nabucco und Aida von Verdi, Don Giovanni von Mozart, Tosca von Puccini, Il Barbiere di Siviglia von Rossini und Romeo und Julia von Gounod werden dort neu inszeniert. Das Festival zeigt auch einige Ballettvorstellungen und Konzerte... Fortsetzung

"Natursensationen" im Courbet Museum

Vom 4. Juli bis zum 12. Oktober 2015 stellt das Courbet Museum in Ornans zusammen mit der in Antibes ansässigen Hartung Bergman Stiftung und dem Musée d'Orsay an die fünfzig Werke von Courbet, Penone, Cézanne, Monet, Pissarro, de Staël, Sérusier, Bonnard uvm. aus. Die Ausstellung mit dem Titel "Natursensationen" widmet sich der Evolutionen der Naturdarstellungen in der Kunst des 19. Jahrhunderts. Es geht dabei um einen persönlicheren und sinnlicheren Ansatz, bei dem der Maler die Natur nicht einfach nur abbildet, sondern versucht ihr nachzuspüren... Fortsetzung

Literaturpreis der Europäischen Union

Am 23. Juni hat in Brüssel die Preisverleihung für die Sieger des EU-Literaturpreises in Anwesenheit des für Kultur verantwortlichen EU-Kommissars Tibor Navracsics stattgefunden. In diesem Jahr wurde der Preis an 12 Autoren aus ganz Europa verliehen. Erklärtes Ziel ist es auf vielversprechende Literaten aufmerksam zu machen... Fortsetzung

Agenda :

29 Jun

29. Juni
Brüssel
EU-China-Gipfel

1 Jul

1. Juli
Beginn der luxemburgischen Ratspräsidentschaft

5 Jul

5. Juli
Referendum in Griechenland

6 Jul

6. bis 9. Juli
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:

Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger, Francesca Tortorella, Matthias Touillon, Antoine Villedey

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}